

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR KULTUR,
BILDUNG UND SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 21. KBS 2014-2020 Sitzungsdatum: 02.04.2019 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 02.04.2019

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2019
2. Ortsbesichtigung Hallenbad des Ü-Bades: hier Aussprache
3. Anmeldungen zu den Grundschulen für das Schuljahr 2019/20
4. Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2019/20
5. Vorstellung Medienentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Übach-Palenberg
6. Vorstellung Raumprogramm und Raumanalyse der Schulgebäude der Stadt Übach-Palenberg
7. Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. Änderung der Badeordnung
8. Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. WLAN im Jugendzentrum
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

11. Erweiterungen zur Tagesordnung
12. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Bernhard Brade	CDU	
Frau Claudia Burghardt	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	

als Vertreter für die ausgeschiedene
Stadtverordnete Fürkötter

Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Lars Kohnen	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	

als persönlicher Vertreter für
sachkundige Bürgerin
Suchan-Reinhard

Herr Artur Wörthmann	CDU
----------------------	-----

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Heinrich-Josef Frings	UWG
Herr Ralf Gottschlich	CDU
Frau Monika Lux	CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Manfred Ehmig	SPD
Herr Gerhard Gudduschat	CDU

als Vertreter für den ausgeschiedenen
sachkundigen Einwohner Stoffels

Frau Marion Wissing	B'90/Die Grünen
---------------------	-----------------

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Heike Egner-Walter
Herr Stephan Gericke
Frau Monika Mattke
Herr Hans Münstermann
Frau Irmgard Pollex
Frau Elisabeth Schaffrath
Herr Gerd Schindler
Frau Brigitte Wanzek

als Vertreterin für Frau Eichler

Abwesende Mitglieder mit beratender Stimme

Herr René Heeg

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtverwaltungsrat Dieter Gudehus
Frau Stadtamtsrätin Maike Heinen
Herr Stadtoberinspektor Thomas de Jong
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren

Frau Marion Dalmisch (MGH)
Frau Sabine Maass (Ü-Bad)
Herr Renè Serf (Ü-Bad)
Frau Jenny Wagner (Ü-Bad)

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Um 17.00 Uhr fand ein Ortstermin zur Besichtigung des Hallenbades des Ü-Bades statt. Die Leiterin des Ü-Bades, Frau Maass, zeigte den Teilnehmern der Ortsbesichtigung die Technik des Schwimmbades und erläuterte die einzelnen Elemente und deren Funktion. Anschließend wurde das Hallenbad besichtigt. Während der Besichtigung beantwortete Frau Maass Rückfragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Vertreter der Schulen, Verwaltungsbedienstete, Gäste, die Vertreterin der Presse und die Zuschauer. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2019

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs informierte darüber, dass Frau Eichler in der Sitzung am 12.02.2019 von Frau Wanzek vertreten wurde und dies in der Anwesenheitsliste nachgetragen werde.

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 12.02.2019 wird mit der o.g. genannten Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Ortsbesichtigung Hallenbad des Ü-Bades: hier Aussprache

Die **CDU-Fraktion** bedankte sich für die sachkundige und ausführliche Führung durch Frau Maass.

Auch die **SPD-Fraktion** bedankte sich für den Einblick in die Schwimmbadtechnik und regte an, den Eingangsbereich des Hallenbades aufzuwerten.

3 Anmeldungen zu den Grundschulen für das Schuljahr 2019/20

Die **Verwaltung** ergänzte in Abstimmung mit der Schulaufsicht zur Sitzungsvorlage, dass nach heutigem Stand 11 Eingangsklassen gebildet werden könnten. An der KGS Scherpenseel würden bei gleicher Anmeldezahl 2 Eingangsklassen gebildet.

4 **Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2019/20**

Schulleiterin Mattke teilte mit, dass es an der Städtischen Realschule aktuell 34 Anmeldungen gebe.

Schulleiter Gericke informierte darüber, dass die Willy-Brandt-Gesamtschule 108 Schüler/innen aufgenommen habe und aufgrund der damit ausgeschöpften Kapazität 13 Ablehnungen aussprechen musste. Die Ablehnungen seien per Losverfahren ermittelt worden, daher seien auch Übach-Palenberger Schüler betroffen.

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** teilten die jeweiligen Schulleitungen den Anteil der GL-Schüler mit:

Carolus-Magnus-Gymnasium:

Keine GL-Schüler, jedoch Aufnahme von 3 Flüchtlingen

Städtische Realschule:

4 GL-Schüler, 2 GL-Schüler melden sich eventuell noch an

Willy-Brandt-Gesamtschule:

12 GL-Schüler, 3 GL-Schüler mussten abgelehnt werden

5 **Vorstellung Medienentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Übach-Palenberg**

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs begrüßte Herrn Dominik Niehus von der coactum GmbH.

Herr Niehus stellte die Medienentwicklungsplanung für die Stadt Übach-Palenberg vor. Seine Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Im Anschluss beantwortete er Rückfragen der Ausschussmitglieder.

Auf Nachfragen der **SPD-Fraktion** und der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erläuterte **Schulleiter Dr. Münstermann** wie die Schulen in die Medienentwicklungsplanung eingebunden worden seien und wie das Carolus-Magnus-Gymnasium die Schulung der Lehrkräfte und die Einbindung von Medienberatern umsetzen möchte. Er hielt fest, dass man die Medienentwicklungsplanung nicht standardisiert an allen Schulen umsetzen könne und vorab überlegt werden müsse, welches Konzept zu der individuellen Schule passe.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass die angesetzten Mittel in Höhe von 500.000 Euro bis zum Jahr 2021 genutzt werden könnten. **Herr Niehus** wies hinsichtlich der Finanzierung ergänzend auf den sogenannten DigitalPakt Schule hin.

Bürgermeister Jungnitsch informierte aufgrund von Rückfragen der **SPD-Fraktion** darüber, dass Herr Niehus den Schulleitungen die Medienentwicklungsplanung bereits präsentiert habe. Diese Planungen seien im nächsten Schritt heute dem Ausschuss vorgestellt worden und würden im Rahmen der Gesprächsrunde Verwaltung, Schulleitungen und Politik am Donnerstag, 11.04.2019, nochmals behandelt.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs thematisierte, dass noch kein konkreter Medienentwicklungsplan vorliege, sondern allgemeine Planungen. Er regte an, Konkretisierungen der Planung dem Ausschuss vorzulegen und schlug vor, den Wortlaut in der Beschlussempfehlung entsprechend anzupassen.

Dagegen erhoben sich keine Einsprüche.

Beschlussempfehlung:

Der Rat stimmt der stufenweisen Umsetzung und der Weiterentwicklung der Medienentwicklungsplanung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

6 Vorstellung Raumprogramm und Raumanalyse der Schulgebäude der Stadt Übach-Palenberg

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs begrüßte Herrn Georg Heller von der Projektgruppe Bildung und Region (biregio) als Vertreter für den verhinderten Herrn Wolf Krämer-Mandau.

Herr Heller stellte die abschließenden Ergebnisse des Raumprogramms und der Raumanalyse der Schulgebäude der Stadt Übach-Palenberg vor. Seine Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Im Anschluss an seine Präsentation beantwortete er Rückfragen der Ausschussmitglieder.

Die **anwesenden Leitungen der Grundschulen** gaben zu bedenken, dass die Umsetzung der aus der Analyse resultierenden räumlichen Veränderungen und Maßnahmen nicht so einfach sei, wie dargestellt. Sie hätten die von biregio aufgeführten Lösungsvorschläge weiterhin als ersten Entwurf verstanden, dessen Umsetzung individuell geprüft und gegebenenfalls angepasst werden müsse.

Auf Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden Dr. Derichs** erklärte die **Verwaltung**, dass der Workshop am 12.03.2019 in Grundschulleitungen und Leitungen der weiterführenden Schulen unterteilt worden sei. Die Schulleitungen hätten im Rahmen des Workshops die Möglichkeit gehabt, Anregungen und Bedenken zu äußern. Diese habe biregio anschließend in die Raumanalyse aufgenommen. Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen werde differenziert und in enger Abstimmung mit den Schulleitungen besprochen. Die Umsetzung des Großprojekts „Sanierung des Gymnasiums“ könne als Maßstab für die Art der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Schulleitungen genommen werden.

Die **SPD-Fraktion** beantragte das Wort zustimmend aus der Beschlussempfehlung zu streichen. Dagegen erhoben sich keine Einwände.

Beschlussempfehlung:

Das Raumprogramm und die Raumanalyse werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

7 Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. Änderung der Badeordnung

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs begrüßte die Leiterin des Ü-Bades, Frau Maass, mit ihren Mitarbeitern Jenny Wagner und Renè Serf sowie die anwesenden Mitglieder des Demokratiekurses des Carolus-Magnus-Gymnasiums. Er schlug vor, 3 Mitgliedern des Demokratiekurses als Antragssteller zum Tagesordnungspunkt ein Rederecht zu erteilen. Anschließend stellte er das Rederecht zur Abstimmung.

Beschluss:

Drei Mitgliedern des Demokratiekurses des Carolus-Magnus-Gymnasiums wird zum Tagesordnungspunkt 7 das Rederecht erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Schriftführerin Gündling verlas die Anregung des Demokratiekurses des Carolus-Magnus-Gymnasiums.

Frau Maass äußerte aus hygienefachlicher Sicht sowie aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen als Leiterin des Ü-Bades Bedenken gegen eine Lockerung der Kleiderordnung. Hierbei gab sie zu bedenken, dass die Änderung der Kleiderordnung vor circa 10 Jahren aufgrund erheblicher Chlorbelastungen durch unter anderem verschmutzte Badekleidung eingeführt wurde. Hierdurch konnte erreicht werden, dass das Ü-Bad einen extrem hohen Standard hinsichtlich der Wasserqualität habe. Sie befürchte, dass bei Änderung der Kleiderordnung die Chlorbelastung wieder erheblich zunehme. Sie wies auf hieraus resultierende mögliche gesundheitliche Belastungen, insbesondere für Kleinkinder und Risikogruppen, hin.

Weiterhin erklärte sie, dass die Kontrolle der Badebekleidung (Unterwäsche unter Badeshorts) aus ihrer Sicht schwer umsetzbar sei und ihre Hauptaufgabe während des Schwimmbadbetriebes in der Wasseraufsicht liege. Abschließend klärte sie darüber auf, dass die weiten Badeshorts nur im Wasser verboten seien und außerhalb des Schwimmbeckens getragen werden dürften. Zudem hegte sie die Besorgnis, dass die aktuelle friedliche Atmosphäre im Ü-Bad gestört werden könnte.

Stadtverordnete Czervan-Quintana Schmidt erklärte, dass sie den Antrag der Schüler nicht unterstützen könne. Sie ging ausführlich darauf ein, welche Verschmutzungen durch weite Badeshorts und die darunter getragene Unterwäsche auftreten könnten und wie sich die höhere Chlordosis und die entstehenden Chlormine negativ auf die Gesundheit von Badegästen und Schwimmbadpersonal auswirken könnten.

Die **Antragsteller** legten dar, dass sich männliche Jugendliche in der aktuell vorgeschriebenen Badekleidung unwohl und eingeengt fühlen und das Bad daher nicht besuchen würden. Sie zeigten Verständnis für die vorgebrachten Einwände, machten sich jedoch dafür stark, dass das Ü-Bad auch wieder für Jugendliche attraktiver werden müsse. Weiterhin gaben sie zu bedenken, dass man das Verhalten von Jugendlichen, insbesondere in Bezug auf die von der Verwaltung vorgebrachte Argumentation zur Körperpflege, nicht verallgemeinern dürfe.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, dass sie den Antrag der Schüler unterstütze, da sie seit dem Jahr 2016 schon das gleiche Anliegen verfolge. Sie wies darauf hin, dass von Besuchern der umliegenden Bäder, in denen das Tragen von Badeshorts erlaubt sei, keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen bekannt seien. Auch diese Bäder müssten sich an die gesetzlichen Vorgaben bzgl. Chlorzugabe halten.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** regte an, die Angelegenheit sachlicher zu betrachten. Sie schlug vor, eine Testphase durchzuführen und anschließend mithilfe der neuen Erkenntnisse weiter zu beraten.

Die **CDU-Fraktion** wies darauf hin, dass das Ü-Bad durch große Bemühungen erfreulicherweise erhalten werden konnte und es bedauernswert sei, wenn scheinbar eine ganze Generation es aufgrund der Kleidervorschrift nicht besuche. Sie könne einer probeweisen Aussetzung der Kleidervorschrift während der Freibadsaison mit anschließender Auswertung zustimmen.

Bürgermeister Jungnitsch informierte über eine circa 425 Unterschriften umfassende Liste gegen Badeshorts und für den Erhalt der bestehenden Haus- und Badeordnung, die ihm vor Sitzungsbeginn ausgehändigt worden sei. Diese werde der Niederschrift als Anlage beigelegt. Er schlug vor, falls eine Testphase durchgeführt werde, diese von den Jugendlichen während der Sommerferien begleiten zu lassen. So hätten diese die Möglichkeit, einen Einblick in die Abläufe des Schwimmbadbetriebes zu erhalten und könnten die Auswirkungen der Änderung der Kleiderordnung auf diesen bewerten.

Bei der Diskussion über eine Testphase hielten die Ausschussmitglieder fest, dass die probeweise Erlaubnis von Badeshorts für das Hallen- sowie das Freibad gelten müsse. Die Testphase solle weiterhin dokumentiert und ausgewertet werden, sodass die Ergebnisse zur Veränderung der Wasserqualität nach Beendigung der Testphase im Ausschuss beraten werden könnten.

Seitens der **Verwaltung** wurde angeregt, die Testphase fachlich begleiten zu lassen, zum Beispiel durch das Kreisgesundheitsamt.

Die **SPD-Fraktion** beantragte der Anregung der Schüler uneingeschränkt zu folgen und die Badeordnung dahingehend zu ändern, dass zukünftig Badeshorts im Schwimmbad generell erlaubt sind.

Die **CDU-Fraktion** beantragte, eine Testphase durchzuführen und für den Zeitraum der Freibadsaison 2019 die Badeordnung dahingehend zu ändern, dass Badeshorts erlaubt sind.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs ließ zuerst über den weitestgehenden Antrag abstimmen.

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Haus- und Badeordnung des Schwimmbades (einschl. des Freibades) und der Sauna der Stadt Übach-Palenberg (Ü-Bad) wird dahingehend geändert, dass es zukünftig erlaubt ist, mit Badeshorts das Schwimmbad zu besuchen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion:

Abweichend von § 7 Abs. 2 Satz 2 der Haus- und Badeordnung des Schwimmbades (einschl. des Freibades) und der Sauna der Stadt Übach-Palenberg (Ü-Bad) wird für den Zeitraum der Freibadsaison 2019 das Tragen von Badeshorts in den Schwimmbecken gestattet.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimmen

8 Anregung nach § 24 GO NRW vom 07.01.2019 betr. WLAN im Jugendzentrum

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs begrüßte die Leiterin des Mehrgenerationenhauses, Frau Dalmisch, sowie die anwesenden Mitglieder des Demokratiekurses. Er schlug vor, wie auch beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt, 3 Mitgliedern des Demokratiekurses als Antragssteller zum Tagesordnungspunkt ein Rederecht zu erteilen. Anschließend stellte er das Rederecht zur Abstimmung.

Beschluss:

Drei Mitgliedern des Demokratiekurses des Carolus-Magnus-Gymnasiums wird zum Tagesordnungspunkt 8 das Rederecht erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Frau Dalmisch erläuterte, dass sie die Einrichtung eines öffentlichen, kostenlosen WLAN-Zugangs unterstütze, dieser jedoch dem ganzen Mehrgenerationenhaus (Jugend- und Seniorenzentrum) zugänglich sein solle. Sie empfehle einen Jugendschutzfilter zu nutzen sowie eine Registrierung der Nutzer. Eine zeitliche Be-

grenzung des WLAN sei sinnvoll, müsse jedoch über die Öffnungszeiten hinaus auf die individuelle Nutzung des Mehrgenerationenhauses abgestimmt werden. Die **Verwaltung** teilte mit, dass sie die technische Umsetzung geprüft habe. Sie schlug vor, die Infrastruktur (Hardware), die auch im Rathaus genutzt werde, im Mehrgenerationenhaus zu installieren. Entsprechende Filter könnten eingerichtet werden. Die einmaligen Kosten würden sich nach aktuellen Berechnungen auf circa 6.500 Euro belaufen.

Aufgrund von Ausführungen der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** zu ihrem Antrag aus dem Jahr 2015 betr. Unterstützung "Freifunk" in Übach-Palenberg stellte die **Verwaltung** klar, dass die zur Bereitstellung von WLAN in städtischen Gebäuden unter der Maßgabe beschlossen wurde, dass die Kosten für die Installation und Wartung dauerhaft durch einen Paten/Sponsor abgesichert sind. Bisher habe sich kein Sponsor für das MGH zur Verfügung gestellt.

Auf Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden Dr. Derichs** teilte die **Verwaltung** mit, dass sie aktuell prüfe, ob auch im Ü-Bad kostenloses WLAN zur Verfügung gestellt werden könnte. Die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen.

Beschluss:

Im gesamten Mehrgenerationenhaus wird ein kostenloses WLAN eingerichtet. Der WLAN-Zugang soll einen Jugendschutzfilter bekommen und zeitlich begrenzt auf die Nutzung der Räumlichkeiten abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

9 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

10 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs teilte mit, dass die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 19.11.2019 auf den 14.11.2019 vorverlegt werde.

Die **Verwaltung** informierte darüber, dass die Restbestände der ehemaligen Stadtbücherei am Montag, 08.04.2019, von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr und am Dienstag, 09.04.2019, von 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr verschenkt werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs schloss um 20.26 Uhr die öffentliche Sitzung. Es lagen keine Punkte für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Dr. Derichs
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin